

Atommüll: Wir müssen reden!

Am 20. Juni lädt die Atommüll-Kommission zum Pseudo-„Bürgerdialog“ nach Berlin. Parallel laden .ausgestrahlt und BI Lüchow-Dannenberg zu einer eigenen Veranstaltung ein

Es ist schon kurios, was sich am 21. April in der Arbeitsgruppe (AG) 1 der Atommüll-Kommission abspielt, die klären soll, wie die Öffentlichkeit beteiligt werden könnte: Verzweifelt überlegen die AG-Mitglieder, wie sich überhaupt jemand dafür gewinnen lasse, an der sogenannten „Auftaktveranstaltung“ für die Beteiligung der BürgerInnen am 20. Juni in Berlin teilzunehmen. RWE-Vertreter Gerd Jäger denkt laut darüber nach, ob es finanzielle Anreize brauche, damit jemand komme. Eon-Aufsichtsrat Erhard Ott schlägt vor, möglichst viele MitarbeiterInnen der Energiewirtschaft einzuladen. Die mit der Organisation der Veranstaltung beauftragte Firma „Prognos“ verkündet stolz, sie habe schon Kontakt zur Deutschen Sportjugend aufgenommen, damit die vielleicht jemand schicke. Schließlich erklärt Sylvia Kotting-Uhl von den Grünen, man solle die Zahl der TeilnehmerInnen doch erst gar nicht zum Erfolgskriterium machen.

Dabei gibt es zwei große Personengruppen, die sich sehr gerne beteiligen würden. Erstens wollen natürlich zahlreiche der in Initiativen und Umweltverbänden organisierten AtomkraftgegnerInnen mitreden, wie dieses Land weiter mit seinem Atommüll umgeht. Sie weigern sich aber fast geschlossen, dies unter den einseitigen Spielregeln der Kommission zu machen, die eben keine echte Beteiligung ermöglichen. Sie kämen nur an den Tisch, wenn sie nicht weiter über selbigen gezogen werden sollten, sondern ihre Bedenken gegen das bisherige Vorgehen beim angeblichen Neustart in Sachen Atommüll

endlich ernst genommen würden. Dazu müsste die Politik bereit sein, gemeinsam und einvernehmlich mit ihnen neue Rahmenbedingungen für eine gesellschaftliche Debatte zum Thema zu finden.

Betroffene außen vor

Zweitens sind die BürgerInnen der Regionen, die aufgrund ihrer geologischen Situation potenzielle zukünftige Lagerstätten für die radioaktiven Stoffe werden könnten, wichtige GesprächspartnerInnen, ebenso wie die Menschen an den jetzigen Atommüll-Standorten überall in der Republik. Würden sie offensiv angesprochen „Euch kann es treffen“, dann gäbe es mit Sicherheit sehr schnell sehr viele Menschen, die mitreden und mitbestimmen wollten. Aber genau vor diesem Schritt fürchtet sich die Politik, weil es ja um konkrete Wahlkreise geht und man dort keine Unruhe stiften möchte. Dabei ist es genau diese Unruhe, die es braucht, damit genügend Menschen motiviert sind, nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen.

Konstruktive Wege in Sachen Atommüll lassen sich nur dann finden, wenn Konsequenzen aus den Konflikten der Vergangenheit und Gegenwart gezogen werden und zukünftige Konflikte antizipiert werden.

Konsequenzen aus den bisherigen Konflikten lassen sich aber am besten gemeinsam mit den Konfliktparteien finden, also auch mit der Anti-Atom-Bewegung. Und zur Vorbeugung kommender Konflikte sind die ersten AnsprechpartnerInnen diejenigen Regionen, mit denen es im

Rahmen eines Standort-Suchverfahrens Auseinandersetzungen geben könnte. All dies sollte geschehen, bevor die Regionen weiter eingegrenzt werden, denn schon bei diesem Schritt ist fehlende Mitbestimmung der Betroffenen hochproblematisch.

So lange aber diese beiden wesentlichen Bevölkerungsgruppen keine Rolle spielen und keine Mitbestimmungsrechte bekommen, so lange wird auch jeder „Bürgerdialog“ bezüglich einer Konfliktlösung wenig bringen und taugt lediglich als PR-Maßnahme für eine Kommission, die sich um die eigentlichen Probleme drückt.

Auf nach Berlin!

Um deutlich zu machen, dass es sehr wohl großes Interesse in der Gesellschaft an einer echten Atommüll-Debatte gibt, laden .ausgestrahlt und die BI Lüchow-Dannenberg für den 20. Juni zu einer eigenen Veranstaltung nach Berlin ein. Wir wollen öffentlich zeigen: Es gibt eine Menge Menschen in diesem Land, die über Atommüll reden wollen – aber nicht nach den einseitig gesetzten Spielregeln der Kommission. Ist dies auch Dein Anliegen? Dann komm am 20. Juni nach Berlin!

Wir wollen über die akuten Atommüll-Probleme überall im Land sprechen. Wir wollen die Atommüll-Politik der Bundesregierung kritisch beleuchten. Wir wollen unsere Kritik an der Kommission formulieren. Und wir wollen diskutieren, welche Bedingungen es für eine ernsthafte Beteiligung der Betroffenen braucht.

Jochen Stay

Mehr Infos: www.ausgestrahlt.de/20juni



Foto: Friedrich Erbacher